



LÉGATION DE SUISSE

en  
YOUGOSLAVIE

Politischer Bericht No. 2/1946.

Belgrad, den 3. Juli 1946.

Vertraulich.

*Referat  
24. VII. 46 / hgy*

Herr Bundesrat,

*M. Hebrang des Departement  
15. VII  
47*

*Ein  
24. 7.  
m. d. s.*

Die Moskauer Besprechungen Marschall Titos und einer aus Mitgliedern der jugoslawischen Regierung zusammengesetzten Delegation mit der Sowjetregierung, speziell mit Stalin, Molotov und dem Aussenhandelsminister Mikojan, Anfang Juni 1946 dürften speziell für die künftige Wirtschaftspolitik Jugoslawiens von grundlegender Bedeutung gewesen sein. Der Besuch in Moskau erfolgte ziemlich unvermittelt, d.h. das Datum desselben scheint innert sehr kurzer Frist vereinbart worden zu sein. Auf jeden Fall musste in verschiedenen Ministerien während der letzten zwei bis drei Tage vor der Abreise der jugoslawischen Delegation fieberhaft gearbeitet werden, um die Unterlagen für die Verhandlungen in Moskau fertigzustellen. Es mussten insbesondere genaue und umfassende Listen über die gesamten jugoslawischen Importbedürfnisse ausgefertigt werden.

Unmittelbar nach Abreise der Delegation erfuhr ich von einer hochgestellten und in der Regel zuverlässig informierten Persönlichkeit, es werde in Moskau die für Jugoslawien wesentliche Frage geklärt werden, ob durch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die im Endergebnis einer wirtschaftlichen Angliederung Jugoslawiens an dieselbe gleichkomme, Jugoslawien vom Westen und seinen Kapitalmächten wirtschaftlich unabhängig werden könne. Sei diese Frage zu bejahen, so könnte Jugoslawien auf eine Rückerstattung des konfiszierten ausländischen Eigentums verzichten, wenn nicht, so müsse über diesen Fragenkomplex weiter verhandelt werden. Ich erwähne, dass nach einer Mitteilung des früheren Industrieministers Hebrang ein Drittel der jugoslawischen Industrie im Eigentum von Ausländern

Herrn

Bundesrat M. Petitpierre,

Vorsteher des Eidg. Politischen Departements,



steht und dass sich die Regierung zur Freigabe dieses zum grössten Teil konfiszierten oder unter Zwangsverwaltung stehenden Drittels nur widerstrebend und gegen ihre kommunistische Ueberzeugung entschliesst.

Die Verhandlungen in Moskau haben offensichtlich ergeben, dass Jugoslawien von einem erheblichen Gütertausch mit der kapitalistischen Welt nicht absehen kann. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, dass mir der stellvertretende Aussenhandelsminister Srzentić kurz nach seiner Rückkehr aus Moskau die sofortige Aufnahme von wirtschaftlichen Besprechungen zwischen bevollmächtigten Delegationen der Schweiz und Jugoslawien vorschlug.

Das offizielle Communiqué über die Moskauer Verhandlungen besagt, dass eine vollständige Einigung erzielt worden sei über alle Fragen " . . . betreffend die wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Handel, die Versorgung der jugoslawischen Armee mit Material und die enge kulturelle und politische Zusammenarbeit. Die Regierung der Sowjetunion hat sich bereit erklärt, auf der Basis eines langfristigen Kredites die jugoslawische Armee mit Waffen, Munition etc. zu versehen und Jugoslawien ihre uneingeschränkte Unterstützung bei der Wiederherstellung seiner Kriegsindustrie zu leihen. Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen den beiden Regierungen haben zum Abschluss einer Vereinbarung über die gegenseitige Belieferung mit Waren geführt. Die Sowjetregierung hat das grösste Entgegenkommen hinsichtlich der Bedürfnisse der jugoslawischen Wirtschaft nach Rohmaterialien und technischen Artikeln gezeigt."

Es verlautet, dass ca. zwei Drittel der in Aussicht genommenen russischen Exporte nach Jugoslawien Armeelieferungen sein werden, was ohne weiteres glaubhaft ist, da es sich einerseits schon bisher nicht anders verhält und andererseits die militärische Stärkung der Satellitenstaaten ein Kennzeichen der russischen Politik ist.

Was den jugoslawischen Anspruch auf Triest betrifft, so herrscht im hiesigen diplomatischen Corps die Ansicht vor, es habe Stalin Marschall Tito klargemacht, dass wegen Triest nicht

ein dritter Weltkrieg entfesselt werden könne. Es handle sich jetzt für die Sowjetunion in erster Linie darum, die erreichten - sehr wesentlichen - Positionen zu konsolidieren und, was gewonnen wurde, nicht durch ein Abenteuer zu gefährden. Auf jeden Fall ist in den Äusserungen der höchstgestellten Funktionäre des Aussenministeriums ein Wandel der Anschauungen erkenntlich. War bisher nur von der bedingungslosen Einverleibung von Triest die Rede, so spricht man jetzt von einem internationalen Statut für die Stadt, wobei allerdings Triest unter jugoslawische Souveränität zu stellen wäre. Als Beispiel einer solchen Regelung nannte mir der Direktor der politischen Abteilung im Aussenministerium das Memelland, welches sich unter litauischer Souveränität befunden habe. Er gab ferner zu, dass es wirtschaftlich auch " ohne Triest gehe". Der Aussenhandelsverkehr jugoslawiens, soweit er auf die Mehrschiffahrt angewiesen sei, könne sich über Sušak abwickeln, das mit den andern Adria Häfen den jugoslawischen und ungarischen Bedürfnissen genüge.

Ähnlich äusserte sich der Vorsteher der Konsularabteilung, der erklärte, die Zukunft Jugoslawiens liege auf der Donau. Die Donau würde die finanzielle Kraft Jugoslawiens derart beanspruchen, dass für Triest nichts mehr übrig bleibe. Mit Bezug auf die Donau bestehen folgende Pläne:

- 1.) Ausnützung der Wasserkraft am "eisernen Tor" durch Ausführung eines Kraftwerkprojektes, das zweieinhalb Mal so gross sein würde, wie Dnjepropetrowsk. Die Pläne zu diesem Kraftwerk seien von den Deutschen während der Okkupation mit allen Einzelheiten und vollständig ausgearbeitet worden; sie füllen drei Eisenbahnwagen.
- 2.) Ausbau der Donaumündung und Umlenkung der russischen Getreideexporte nach Europa und des gesamten ukrainischen Handels nach dem Westen auf dem Donauwege.
- 3.) Anschluss der Donau an die Systeme der Elbe, Weser und des Rheins.
- 4.) Durchgehender Ausbau des Strombettes für mindestens 1000 T-Schiffe auf der ersten und 2000 T-Schiffe auf der zweiten Stufe.

Ueber der Donau+ verliere auch die Frage von Saloniki

.4.

jede Bedeutung. Der jugoslawische Freihafen in Saloniki habe  
übrigens immer nur mit Defiziten gearbeitet. Voraussetzung für  
die Realisierung dieser Donauprojekte bilde eine freundschaftli-  
che Einigung aller Staaten des Donauraumes. Wegen der historischen  
Verhältnisse könne eine solche nur gelingen, wenn eine Welt-  
macht hinter diesen Plänen stehe. Diese Weltmacht könne nur  
Russland sein. Grossbritannien und die USA hätten hier nichts  
zu suchen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung  
meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Jugoslawien:

